

Aufwärts

Bezugspreis:

Erscheint wöchentlich sechs Mal. — Preis monatlich 1.25 und 0.85 Bestellgebühr, beim eigenen Postamt bestellt. — Für Ausland unter Streifenband 1.25 (inkl. Postgeld). Preis der Einzelnummer 10 Pf. Postamt Hannover 67 577.

Christliches Tageblatt

mit den Beilagen „Für Herz und Haus“, „Kindergabe“ und „Unser Ziel.“

Anzeigenpreis:

Die einspaltige Millimeterzeile oder deren Raum 10 Pfennig. Restame 30 Wfg. Beilagen unter 25 g je tausend 15 Pf. Schluß der Anzeigenannahme nachmittags 3 Uhr. Postfach 1000 Hannover 67 577.

Nr. 2.

Bielefeld-Bethel (Verlagsort Bielefeld) Freitag, den 3. Januar 1930.

12. Jahrgang.

Freund, so du etwas bist,
so bleib doch ja nicht stehen:
man muß aus einem Licht
fort in das andere gehn.

Silkeus.

Dezember-Ereignisse in Rom.

Will man sich kurz orientieren über das, was im Dezember in Rom geschehen ist, so drängen sich — abgesehen von der schon lange die politische Lage beherrschenden Vorbereitung auf die Seemächtekonferenz — drei Ereignisse besonders in den Vordergrund. Zwei gehen die Person des Papstes an, das dritte ist rein faschistisch.

5. Dezember fand nun endlich der schon längst fällige, aber immer wieder hinausgeschobene Königsbesuch im Vatikan statt. Durch dieses Ereignis kam die vor einem halben Jahr durch die Lateranverträge vollzogene Versöhnung zwischen dem Vatikan und Quirinal, zwischen dem Papst und dem Hause Savoyen, sinnfällig zum Ausdruck. Wenn auch die Tagespresse in sprachlicher Anfeindung an den faschistischen „Marsch auf Rom“ mit leiser Ironisierung vom „königlichen Marsch zum Vatikan“ redete, so wurde doch in großer Ausföhrlichkeit darüber berichtet, und niemand verkannte die Bedeutung dieses historischen Augenblicks. Der Königszug bewegte sich in 7 Autos durch die innere Stadt über den Tiber zum Vatikan. König und Königin, dazu zwecks politischen Anstrichs, der Außenminister Grandi und ein großes Gefolge politischer Würdenträger. Selbstredend der Duce nicht, denn wo der König ist, da fehlt der Duce, und um Gouverneur der „vaticanischen Stadt“ feierlich willkommen geheßen. 20 Minuten dauerte die intime Audienz beim Papst. Danach machte das Königspaar ebenfalls dem päpstlichen Kardinalstaatssekretär Gasparri einen Besuch, verweilte einige Zeit in der Petersbasilika und kehrte dann in den Quirinal zurück, wo der Staatsbesuch alsbald von Gasparri im Namen des Papstes erwidert wurde. Am Nachmittag fand durch den Besuch der Königs-kinder, des Kronprinzen Humbert und seiner Schwester, beim Papste das offizielle Programm sein Ende. Natürlich wurden bei diesem feierlichen Staatsakt kostbare Geschenke gegeben. Der König bekam vom Papste einen Schrein aus wertvollem Holze, darin das vierköpfige, in Leder gebundene und mit dem Wappen des Hauses Savoyen geschmückte Werk: „Beschreibung und Abbildung der Medaillen des Vatikans“, dazu ein Lederetui mit drei großen Medaillen in Gold, Silber und Bronze zur Erinnerung an das 8. Jahr des Pontifikats von Pius XI. Die Königin bekam eine Mosaiknachbildung der Madonna della Sedia von Raffael und einen Rosenkranz aus Gold mit kostbaren Steinen. Durch all diese Förmlichkeiten wurde die Ausöhnung äußerlich besiegelt. Ob sie nur in Worten, Besuchen und Geschenken besteht oder Realitätswert hat, — muß die Zukunft lehren.

Das zweite Ereignis war das von der ganzen katholischen Christenheit lebhaft mitgefeierte 50-jährige Priesterjubiläum des Papstes. Bei dieser Gelegenheit hat auch die römische Bevölkerung eine große Ueberraschung erlebt. Lange hatte man darauf gewartet, hatte seine Vermutungen darüber ausgesprochen, wann nun Pius XI. nach den Lateranverträgen und der dadurch bewirkten Aufhebung der selbstgewählten päpstlichen Gefangenschaft zum ersten Male den Vatikan verlassen und sich in der Stadt Rom zeigen würde. Ein halbes Jahr wartete man vergeblich, vielleicht, weil der Königsbesuch so lange auf sich warten ließ. Jetzt, am 20. Dezember, am Tage seines goldenen Priesterjubiläums, verließ der Papst unerwartet in den frühen Vormittagsstunden den Vatikan und begab sich zum Lateran, um dort in der altbewährten Basilika S. Giovanni, die Konstantin der Große gründete, „der Mutter und dem Haupt aller Kirchen“, seine Jubiläumsmesse zu feiern. Papst Pius hatte diesen Tag und diese Kirche gewählt, weil er gerade am 20. Dezember 1879 in der Lateranbasilika zum Priester geweiht worden war. Am Abend vorher hatte man die Fenster des Lateranpalastes und das Innere der Basilika festlich geschmückt; aber selbst das Personal, das dies ausföhrte, glaubte, es geschehe für das auf den nächsten Nachmittag angekündigte Te Deum. So gelang denn die Ueberraschung völlig. Schon um 6.45 Uhr verließ das päpstliche Auto den Vatikan, und die wenigen Passanten des Lateranplatzes morgens um 7 Uhr ahnten nicht, daß in einem der vorföhrenden Autos der Papst selbst saß. Als sich die Nachricht vom Ausgang des Papstes in der Stadt verbreitete, war dieser längst wieder in den Vatikan zurückgekehrt. Nur wenige erkannten ihn und beug-

ten die Knie bei seiner Vorbeifahrt. Die römische Presse berichtete in allen Einzelheiten von dem feierlichen Gottesdienst. Sie erzählt auch von der tiefen Bewegung des Papstes, der, von der Größe des Augenblicks überwältigt, oft nicht habe weiterprechen können, weil seine Stimme von Tränen erstickt war.

Das dritte Ereignis in Rom war das neue Statut der faschistischen Partei. Für Italien ist es von ausschlaggebender Bedeutung; für den Ausländer, der sich über Wesen und Organisation des Faschismus belehren will, wichtig und interessant. Jedenfalls zeigt es, wie weit diejenigen geföhrt haben, die von einer alsbaldigen Auflösung der Partei faselten. Es ist nicht unsere Aufgabe, das Statut hier im einzelnen vorzuführen. Aber einzelne charakteristische Wesenszüge seien hier doch wiedergegeben. Das neue Statut, das vom großen Rat der Partei am 18. 12. angenommen wurde und dann natürlich auch die Billigung des Ministerrates fand, hat folgenden „Vorpruch“:

„Nachdem der Große Rat dieses Statut beschlossen hat, das von heute an für alle Faschisten gültig und verpflichtend ist, richtet er an alle diejenigen, die sich nicht in Stande fühlen, voll und ohne Vorbehalt die harte Disziplin der Partei anzunehmen, die Aufforderung, innerhalb einer Woche ihren Austritt einzureichen. Diejenigen, die aus physischen oder moralischen Gründen oder aus ihrer besonderen persönlichen Lage heraus austreten, werden am Leben der anderen Hilfsorganisationen des Regime teilnehmen können. Wer in der Partei haben alle, vom Führer bis zum gemeinen Mann, den Geist von Fronttruppen nötig. Sie müssen, besonders in schweren Zeiten, zu jedem Opfer, welches es auch sei, fähig sein.“

Die Selbstcharakteristik der Partei lautet folgendermaßen: „Die faschistische Partei ist eine bürgerliche Miliz im Dienste des Staates. Ihr Ziel: Die Größe des italienischen Volkes zu verwirklichen. Seit ihren Anfängen, die zusammenfallen mit der Wiedergeburt italienischen Volksbewußtseins und dem Willen zum Siege, bis heute, hat die Partei sich immer im Kriegszustand befunden: Zuerst, um die niederzuwerfen, die den Geist der Nation unterdrückten; heute und immer, um die Kräfte des italienischen Volkes zu entwickeln. Der Faschismus ist nicht nur eine Gruppierung von Italienern um ein festgelegtes Programm, das teils verwirklicht ist, teils seiner Verwirklichung wartet, sondern er ist vor allem — ein Glaube, der seine Bekenner erfasst hat, in dessen Kraft die jungen Italiener als wackere Streiter ringen.“

Im einzelnen ist dann die Organisation der Partei ausgeföhrt, vom Duce bis zum kleinsten Falcio eines Dorfes. Ältere Leute nimmt man nicht mehr auf; denn wer in 7 Jahren des neuen Regimes nicht beigetreten ist, der ist von vornherein verdächtig. Über die Jugend will man. Männliche wie weibliche Jugend ist in verschiedenen, der Altersstufe entsprechenden Verbänden gesammelt. Jedes Mitglied, ob alt oder jung, wird genau auch in seinem Privatleben beobachtet, und mit strengen Strafen, bis zur Ausstoßung aus der Partei, wird nicht lange gescheitelt. Jeder neu Eintretende hat diesen feierlichen Eid zu leisten: „Ich schwöre, daß ich — ohne Diskussion — alle Befehle des Duce ausföhren will, daß ich mit allen meinen Kräften, nötigenfalls auch mit meinem Blute, der Sache der faschistischen Revolution dienen will.“

Dr.

Ostlandnot.

Wohl nirgends hat das Gift von Versailles so ähend und zerstörend gewirkt, wie bei uns im Osten Deutschlands, im Bereich der Grenze. Still, mit verhaltener Wut und ohne innere Freude sieht man die Menschen sich abmühen. Lähmendes Entsetzen packt sie, wenn sie die Zukunft der Ihren bedenken. Und eine Reichsverdrossenheit ohne Grenzen macht sich überall breit, wöhin man nur kommt. Darüber kann auch die Scheinblüte einiger Grenzstädte nicht hinwegtäuschen, in die einige Reichsmittel geflossen und verbaut worden sind.

Und doch wäre das alles noch nicht so schlimm. Langsam friedene hat es immer gegeben, wird es auch immer geben, und die Kunst, es jedem recht zu machen, soll erst noch erfunden werden.

Aber hier geht es um Anderes, Höheres. Hier geht es nicht um kleinliche Nörgelei. Hier geht es um den Geist einer Truppe, die im Kampfe steht, um den Geist des Grenzmarkertums!

Und wehe dem, der diesen Geist vergiftet!

Soviel ist klar: Der deutsche Osten ist Kampfgelände zweier Völker. Hier sind, unsichtbar dem Auge, Schützen-

gräben gezogen, in denen der Krieg mit anderen Mitteln weitergeföhrt wird, ein Krieg, zu dem die Notwehr uns treibt. Hier im Osten wird unsere Zukunft als Volk entschieden. Sein oder Nichtsein — das ist hier die Frage. Nicht mit Kanonen und Flinten wird dieser Kampf geföhrt, sondern mit Niere und Nerven. Und wer wird Sieger sein in diesem Existenzkampf? Das Volk allein, das den stärksten Willen zum Leben hat, das die größte Zähigkeit besitzt und den höchsten Opfernüt offenbart!

Vom deutschen Osten kann man schon hin und wieder in den Zeitungen lesen; ein Beweis, daß man uns nicht vergessen, daß man auch für uns etwas übrig hat, daß man einzusehen beginnt, wir könnten doch schließlich auch für die Gesamtheit etwas bedeuten. Wir Grenzmarkler sind all den Brüdern und Schwestern im Reich dankbar, die ein Herz für uns haben und sich mit unseren Nöten befassen. Aber weiß man auch, wie groß diese Nöte sind und wie schwer wir an ihnen zu tragen haben?

Wie ernst die Lage für das Deutschum hier im Osten ist, darüber brachten der „Gesellige“ in einer Artikelreihe von Nr. 280 ab und mehrfach auch die „Oderzeitung“ Berichte aus kernfester Feder. Wer diese Artikel von der „Grenzlandnot im Osten“, von dem Vordringen der polnischen Flut, liest und ein wenig in der Geschichte bewandert ist, denkt unwillkürlich an die Wanderzeiten der Völker Europas in frühgeschichtlicher Zeit, an die Zeit, da Burgunder und Vandalen, zwei Germanenstämme, die einst Jahrhunderte lang in unseren Gauen geseßen, dieses Land aufgaben, sich westwärts gegneteren Landstrichen zuwandten, und in unsere Heimat der Slawe eindrang, den leeren Raum füllte und sich für Jahrhunderte häuslich einrichtete.

Diese Zeiten scheinen sich jetzt zu wiederholen. Ist nun diese neue Völkerverwanderung, die sich bei uns im Osten vorbereitet, nein, die wir tatsächlich vor unseren Augen sich schon auswirken sehen, im Interesse des Lebens der deutschen Nation notwendig? Ist sie für uns Deutsche irgendwie biologisch begründet? Wenn es das wäre, ja, dann könnte sie auch keine Macht der Erde hindern und zum Stillstand bringen. Da nützte kein Appell an die bessere Einsicht, an die Pflicht zum Aus- und Durchhalten und an die Brüder im Reich. Dann hülfe kein Schrei nach Auffüllung der Front und Stählung des Frontgeistes. Biologische Notwendigkeiten wirken unaufhaltbar mit der Macht von Naturereignissen. Aber wir bezweifeln eben, daß der Deutsche hier mit Naturnotwendigkeit, schicksalhaft gezwungen ist, man möchte fast sagen: fluchtartig das Land aufzugeben, um es den Polen zu überlassen. Wenn man die Landnot der Deutschen im Osten als biologischen Faktor anführen und die Abwanderung mit dem Satze „Volk ohne Raum“ begründen wollte, so besteht eben der unheilvolle Zirkel darin, anzunehmen, daß hier im Osten Landnot überhaupt notwendigerweise bestehen muß. Wir sehen hier eine Not, der abgeholfen werden kann und der darum im Volksinteresse unter allen Umständen auch abgeholfen werden muß.

Der „Gesellige“ berichtet in Nr. 286 von den Zuständen im Kreise Flatow, insbesondere von der dort herrschenden Landnot und von der ablehnenden Stellungnahme des preußischen Staatsrates zu einem Antrag des Landeshauptmanns Dr. Caspari auf Aufteilung und Besiedelung von staatlichen Domänen, wodurch sofort 25000 Morgen für Siedlungszwecke zur Verfügung ständen. Wenn so etwas, wie die Ablehnung dieses Antrages durch den preußischen Staatsrat möglich ist, dann darf man sich darüber nicht wundern, wenn uns Grenzmarkler das Gefühl beschleicht, daß unsere Not an zuständiger Stelle nicht klar erkannt werde. Das muß natürlich verbittern und die Widerstandskraft der Front wie lähmendes Gift herabsetzen. Mit Genugtuung hat man davon gelesen, daß Gut Groß-Dammer, Kreis Meseritz, zur Besiedlung an Deutsche vergeben worden ist und nach ernsthaften Vorstellungen an zuständiger Stelle fürs Deutschum gerettet werden konnte. Umso mehr muß es aufs höchste bestreben, daß 600 Morgen des Rittergutes Wognowo im Kreise Bomst, und zwar an seiner verwundbarsten Stelle, an Polen verkauft werden sollen, von denen 300 Morgen bereits verkauft sind. Hier wird deutscher Grund und Boden an Leute aus dem benachbarten Neukrantsig übergeben, die auch nicht die Spur von lokalem Empfinden gegenüber dem Reich zeigen, an Leute, die sich als Nationalpolen fühlen und ganz offen das Feuer völkischer Verhöhnung föhren. Dieser Fall ist umso krasser, als ein deutscher Prinz, der Prinz Bernhard zur Lippe, allerdings, nachdem er das Land auch anderweit angeboten hat, die Hand zu diesem Handel bietet. Landrat und Oberpräsident haben zu diesem Handel ihre Genehmigung nicht gegeben. Warum hat es der zuständige Minister

getan? Wenn er aus politischen Gründen seine Unter-
schrift zu diesem Pakt geben mußte, dann dürfte es nicht
weit kommen, daß Polen überhaupt als Bieter auf-
getreten könnten. Dann mußte das Land im Staatsinteresse
enteignet und aufgeforscht werden, wenn es sich zur Sie-
lung nicht eignet.

Im Falle Woynowo sind die lebensnotwendigen Be-
lange der Grenzmark nicht gewahrt, sie sind geradezu
mit Füßen getreten worden. Das Polentum hat einen
neuen Sieg zu den übrigen errungen, und das Deutsch-
tum hat eine schwere Niederlage erlitten. Wenn man
weiter in Betracht zieht, wie das Polentum auch nach und
nach von den deutschen Grundstücken in den Grenzstädten
Besitz ergreift, wenn man sehen muß, wie die polnischen
Kinderheimschulen arbeiten an der Vergiftung der poli-
schen Atmosphäre, wenn man es blutenden Herzens er-
leben muß, wie die deutsche Front langsam zermürbt, ab-
rückt, immer weiter aufgerollt und die Grenze immer
weiter nach Berlin zu verlegt wird, — dann kann man
die Völkerverwanderung verstehen und die verzweifelte
Stimmung der Grenzmarkler menschlich begreifen. Wird
nicht dem Deutschland der Boden unter den Füßen weg-
gezogen? Oder bedeutet es etwas anderes, wenn man lesen
muß, daß über 30 000 Hektar grenzmärkischer Boden
bereits in polnischen Händen ist, eine Fläche Lan-
des, die um einige tausend Hektar größer ist als der ganze
Kreis Bismarck in seinem jetzigen Umfange.

Und dennoch! Eine Notwendigkeit zur Aufgabe des
deutschen Ostens muß trotz alledem bezweifelt werden.
Der Grenzmarkler darf der Grenzpsychose nicht erliegen.
Er wird es auch nicht, wenn er Männer hinter sich weiß,
die Einsicht haben in das eine, was der Grenzmark vor
allem anderen not tut: nämlich mit allen Mitteln zu ver-
hindern, daß hinfort auch nur ein Festbreit deutschen
Bodens in polnische Hände fällt. Daß dieser Kampf ums
Land, um Heimat und Scholle erhebliche Geldmittel
verlangt, ist uns natürlich klar. Wir verkennen auch
nicht die Notlage des Staates und Reiches. Und doch
ordern wir von beiden die erforderlichen Mittel, um
deutschen Grund und Boden deutsch zu erhalten.

Gr.

Land im Osten.

Die dichtere Besiedelung des deutschen Ostens rückt
als national-, wirtschafts- und bevölkerungspolitisches
Problem immer mehr in den Mittelpunkt des Interesses.
Auf Anregung des Evangelischen Siedlungsdienstes, Sitz
Bielefeld, findet demnächst, am 13. und 14. Januar 1930,
in Spandau ein Schulungskursus über Fragen der West-
siedlung statt. Am 1. Tag sprechen zur Frage „Staats-
und Siedlung“ Mitglieder des Reichsarbeitsministe-
riums, der „Landgesellschaft Grenzmark-Siedlung“ und des
Landtags über „Geschichte und Entwicklung des deutschen
Ostens“, über „Notwendigkeiten der deutschen Ost-
siedlung“ und über „Die Siedlungsgesetze des Reiches und
Preußens“. Am 2. Tage kommen die Aufgaben zur Ver-
handlung, die speziell von der evangelischen Kirche be-
züglich der Siedlung zu lösen sind. Die Verhandlungen
werden von dem Vorsitzenden des Westfälischen Provin-
zialverbandes für Innere Mission, in dessen Rahmen der
Evangel. Siedlungsdienst begründet wurde, Konf.-Rat
Sieb. D. Symmen, geleitet. Auskunft über alle Fragen der
Siedlung sowie über die bevorstehende Veranstaltung
gibt der Evangelische Siedlungsdienst in Bielefeld, Alt-
städter Kirchplatz.

Warum die Spaltung?

Von Paul Rüffer, M.D.L.

Ueber die Ursachen, die zur Spaltung der DVP und
im Arbeiterbunde geführt haben, sind von den Ausge-
tretenen die verschiedensten Gründe angegeben worden.
In Wirklichkeit liegen die tieferen Ursachen bereits Jahre

Zwei Jahre neuer „Furche“.

Gedanken eines Lesers.

Von Jugendpfarrer Hermann Koller, Hagen i. W.
Flegelstraße 116.

Ich blättere in dem starken Band des ersten Jahr-
gangs der neuen „Furche“ und in den vier Hefen des
zweiten Jahrgangs und verführe mich mit Rechenhaft dar-
über zu geben, was mir diese neunhundert Seiten bedeuten.
Unterhaltung? Ruhepause? Zersplitterung? Wissen-
schaftliche Bereicherung? Diskussionsmaterial?

Ich bin Leser der alten „Furche“ gewesen, habe es
auch bedauert, als die unter der Schriftleitung von Jo-
hannes Kühne mir wertvoll gewordenen Seiten von mei-
nem Tisch verschwanden — und fandte doch lächelnd das
erste Heft der neuen Folge an den Verlag zurück. Wie
sollte ich noch Zeit, Kraft und Geld für eine neue Zeit-
schrift haben, wenn in Wochen und Monaten die theo-
logischen, pädagogischen, psychologischen, wohlfahrtspfle-
gerischen und sozialen Blätter und Zeitschriften sich auf
dem Schreibtisch häufen und wenn man in ihnen nur um
der Arbeit willen mit dem Bleistift in der Hand blättert,
wenn man auch für die Tageszeitung nur ein paar Minu-
ten täglich erübrigen kann!

Seute lese ich jedes Heft der „Furche“ von der ersten
bis zur letzten Seite — nur noch einer zweiten Zeitschrift
kann ich die gleiche Aufmerksamkeit schenken! Es war
der Aufsatz von Theophil Spoerri im zweiten Heft des
ersten Jahrgangs über „Masse und Gemeinschaft“, dem
ich es verdanke, daß ich noch einmal an das bis dahin
ungelesene erste Heft heranging und daß ich mich seitdem
dem Versuch des Herausgebers (Prof. D. Schmiz in Mün-
ster i. Westf.) und seiner Mitarbeiter nicht entziehen
kann, einem Versuch, der nichts anderes und nichts gerin-
geres unternimmt, als dem „Leben und Denken vom

zurück. Die Bruchstelle liegt, genau gesehen, am 29. Au-
gust 1924, bei der damaligen Abstimmung über die Um-
wandlung der Reichseisenbahn in die Damesbahn. Da-
mals spaltete sich die DVP in zwei fast gleiche Hälften.
Es wäre politisch richtig gewesen, wenn damals auch die
politische Trennung erfolgt wäre. Daß das nicht gesche-
hen ist, hat für die Partei sehr unangenehme Folgen ge-
habt. Von den ausgeschiedenen Mitgliedern des Arbeiter-
bundes ist mit stärkster Betonung die Führung der Partei
durch Geheimrat Hugenberg als Grund für ihre Tren-
nung angegeben worden. Der Bundesvorsitzende Emil
Hartwig hat aber früher in der „Deutschen Arbeiter-
stimme“ über Geheimrat Hugenberg das folgende ge-
schrieben:

„Hugenberg geht im völkischen Geist von dem natio-
nalökonomischen Grundsatze Alfred Krupps aus: „Der
Zweck der Arbeit ist das Gemeinwohl.“ In der DVP
bilden die Anhänger der Stöckerschen Ideen und die
Freunde Hugenbergs ein Bündnis gegen Klassengeist und
Kapitalismus, für Standesrecht und nationale Freiheit.
Millionen deutschnationaler Frauen und Männer werden
begeistert von diesen Zielen sie durch die Partei zum
Siege führen.“

Was vor einigen Monaten richtig war, kann heute
unmöglich so total falsch sein, daß der Austritt nach der
persönlichen Seite eine Notwendigkeit geworden ist. Die
Dinge liegen erheblich anders. Die Christlich-soziale
Reichsvereinigung, die im August 1927 in Bielefeld be-
gündet wurde, sollte, so wünschten einige christlich-soziale
Freunde, die sehr stark gewerkschaftlich eingestellt
waren, zu einer Aufnahmestelle ausgebaut werden für
den Fall, daß eine Trennung der gewerkschaftlichen Rich-
tung von der Partei notwendig werden soll. Zu diesem
Zwecke wurden schon im die Jahresende 1928/29 sehr
hohe Beiträge von den parlamentarischen Freunden ge-
fordert. Der Verfasser dieser Zeilen hat in einem Briefe
an den Bundesvorsitzenden, Emil Hartwig, unterm 29.
Dezember 1928 im Blick auf diese Tendenzen u. a. das
Folgende geschrieben:

„Es kann deshalb nicht die Aufgabe der christlich-so-
zialen Parlamentarier sein, neben dem Deutschnationalen
Arbeiterbunde noch eine andere christlich-soziale Orga-
nisation ins Leben zu rufen. Eine solche selbständige
Organisation innerhalb und außerhalb der DVP führt
mit Notwendigkeit früher oder später zur Spaltung der
DVP, das steht aber im schärfsten Widerspruch mit
der von uns eigenommenen Haltung gegen die sogenann-
ten Splitterparteien und das steht auch ebenso im schärf-
sten Widerspruch zu der von uns geforderten großen
deutschen Reden.“ Ufm.

Die Verhältnisse waren schon nach dem Wahlausfall
vom 20. Mai 1928, als die Führerkrisis ausbrach und
als Lambach seinen ersten Vorstoß unternahm, gespannt
geworden. Sie erfuhren eine außerordentliche Verschärfung
durch das Organ der christlich-sozialen Vereinigung und
besonders durch die überaus scharfe Entschiedenheit, die nach
einem vorläufigen Beschlusse der Parteivorstände am Sonntag
Judica auf einer Sekretärkonferenz gefaßt wurde. Neue
Spannungen entstanden durch das Volksbegehren. Der
unter gewerkschaftlichem Einfluß stehende Flügel der
Christlich-Sozialen vermochte nicht in dem Volksbegehren
und Volkssentscheid die Freiheitssache der deutschen
Nation zu erblicken. Der Konflikt entzündete sich an dem
§ 4 und an den sogenannten Treviranus-Briefen. In der
Vorstandssitzung vom 3. Dezember hat der Reichstagsab-
geordnete Hartwig eine Rede gehalten, die inzwischen
durch die Presse eine weite Verbreitung erfahren hat, die
aber doch die Wirkung hatte, daß mit erdrückender Mehr-
heit das Ausschlußverfahren gegen Hartwig und Genos-
sen beschlossen wurde. Die Sache würde — so ist dem
Verfasser von verschiedenen Seiten übereinstimmend be-
richtet worden — ganz anders gelaufen sein, wenn der
Abgeordnete Hartwig die politische Klugheit besessen
hätte und eine Erklärung etwa in dem Sinne hätte ab-
gegeben, daß die Veröffentlichung der Solidaritätserklä-

rung mit dem Abgeordneten Treviranus zu bedauern sei.
Daß das unterblieben und daß die Ausführungen in so
außerordentlich scharf zugespitzter Form gemacht wurden,
hat den Umschwung bei denjenigen Vorstandsmitgliedern
herbeigeführt, die auf eine Beseitigung des Konflikts
hingearbeitet haben.

Im Deutschnationalen Arbeiterbunde lagen die Dinge
noch anders. Auf dem Kasseler Parteitage war eine Ent-
schließung angenommen worden, die dem Bundesvor-
stande Vollmacht zum Handeln gab. Diese Entschließung
wurde in der erweiterten Sitzung des Bundesvorstandes
am 8. Dez. dahin interpretiert, daß auch die Kasseler Ent-
schließung die Vollmacht zur Satzungsänderung in sich
berge. Diese Auslegung wurde von der Minderheit be-
stritten, weil nach § 12 der Bundesatzung nur die Bun-
desversammlung die Satzungsänderung beschließen
könne. Es wurde eine dreigliedrige Kommission, die die
Satzungsänderung vorbereiten sollte, gebildet und es
wurde außerdem beschlossen, daß die veränderte Bundes-
satzung der späteren Bundesversammlung zur Genehmi-
gung vorgelegt werden solle und gleichwohl wurde be-
schlossen, daß die noch nicht genehmigte geänderte Bun-
desatzung mit Wirkung vom 8. Dezember in Kraft ge-
setzt werden sollte. Außerdem wurde erklärt, daß am
9. 12. der Deutschnat. Arbeiterbund in das Heim des DVP
überziehen sollte. Gegen dieses satzungswidrige Verhal-
ten der Mehrheit erhob die Minderheit Einspruch unter
Führung des zweiten Bundesvorsitzenden. Sie erklärte
sich im Anschluß an die erweiterte Ausschusssitzung in einer
Sondersitzung für den Deutschnationalen Arbeiterbund
innerhalb der DVP.

Auf dem Wege zum Haag

— Berlin, 2. Januar.

Den Klang der Silbervergloden noch in den Ohren,
traten gestern und heute die Delegationen der Mächte
die Reise nach dem Haag an. Die englische Abord-
nung verließ London am Neujahrstage, die deutsche
Delegation wird in den Abendstunden des heutigen
Tages den Zug nach Holland besteigen.

Ueberraschender Weise wird England diesmal im
Haag — abgesehen von den Sachverständigen — nur
durch den Schatzkanzler Snowden und den Handels-
minister Graham vertreten sein; Außenminister Hen-
derson bleibt in London zurück, um sich in etwa zehn
Tagen zur Ratstagung nach Genf zu begeben. Im
Gegensatz zu England hat Frankreich nicht nur seinen
Außenminister Briand nach dem Haag entsandt, sondern
auch seinen Ministerpräsidenten Tardieu.

Die Aussichten der Haager Schlusskonferenz
wurden vor einigen Tagen weit besser beurteilt, als
jetzt in der letzten Stunde vor dem Beginn der Ver-
handlungen. Das liegt daran, daß es nicht gelungen
ist, in den Vorverhandlungen eine Einigung über alle
umstrittenen Fragen herbeizuführen. Wie bei der
ersten, so gehen die Minister auch jetzt bei der zweiten
Konferenz mit der Aussicht nach dem Haag vor, dort
Konferenzen hatten bereinigen wollen.

Ein Teil dieser Hoffnungen ist alt, so z. B. der
Streit um die Reparationen der österreichischen Nach-
folgestaaten und Bulgariens. Briand und Tardieu
haben über diese Punkte noch Silbester umfangreiche
Befehle geführt, doch war das Ergebnis dieser
ersten Verhandlungen ebenso mager, wie das der vor-
angegangenen. Bulgarien hat nur wenig Zugestän-
nisse gemacht, Ungarn aber hat jedes Zugeständnis
abgelehnt.

Enttäuscht über diesen Ausgang der Diskussion
sind vornehmlich die Franzosen und die Belgier, weil
sie gehofft hatten, auf dem Konto der Reparata-
tionen einen Teil der Beträge wieder hereinholen
zu können, die sie bei der Erhöhung des Anteils
Englands an den deutschen Tributzahlungen „opfern“
mußten. Daß das nicht gelungen ist, hat Paris sichts-
lich verstimmt.

Die Frage der Reparationen ist aber nicht die
einzige, über die in den letzten Tagen immer wieder
verhandelt wurde. noch bedeutsamer scheinen die ne-
u-

engisch-französi-
des Sieges der
ausgleich zu
Baden haben
sehr zum Weiden
in Brüssel habe
Freude des Sieges
Regierung noch
gegeben hat.

Als letztes
amerikanische
schen Tributzahl-
man dieses Al-
nahm, geben sie
das deutsch-am-
gen Punkt im
dieser schwer be-
der deutsch-am-
plan um, be-
Gewinnaussicht
die Auflegung

Mun ist e
Deutschland die
lungen an die
doch ist nicht e-
menden geringe
Folgen haben
malen. Wenn
sicherung der b-
sein mögen, dan-
zur Last geleg-
der Schuldverf-
Deutschlands, n-
kanischen Fina-
sind

Die Haager
allen nicht n-
diese Konferenz
einem inneren
die deutsche De-
windung der Le-
Deutschlands un-
kann. Nach der
die Haager Ab-
bestätigt werden
dann verstehen
Beträge — wo-
daß sie auf die
werden können
bleiben. Zusätz-
nicht in der La-
Nicht zu ver-
gen ist ferner
unbedingt in d-
Mag diese Fra-
zur Debatte stel-
zu einer Besch-
zösischen Saarb-
wenn es die Le-
zu fällen hat,
sicht.

Frankreich
Die Gilt
Aus Unklar-
sem Jahre bei
Empfänge statt.
Um 12 Uhr
die Chefs der k-
matischen Vert-
Der fran-
brachte als ran-
den die Gilt
einer Ansprache
führte:

„Die hiesige
obachten mit
bungen, die al-
auf den großen
mit dem Ziele,
und materielle
Weise in Zukun-
möglichkeiten an-
entgegengekehrte
zeitweise in Weg-
In diesem
dann mit ehren-
außenministers
ischem Eifer trotz
dauernden Such-
lösungen gewiß.

„An gutem
heute, wo an d-
fung so vieler F-
aufbau der Wel-
auf den Bahnen
gemeinen Wohl-
einigen wir uns
rechtigten, durch
Hoffnungen. In
Sie, Herr Reich-
das deutsche Vo-
gegenzunehmen.“

Die
dankte zunächst
des Diplomatie-
diese Glückwün-
freudigen Wider-
er seiner besond-
ehrenden Geben-
nalen Kongressen
führer gewesen
Der Reichspräsi-
kungsvolle Q-

„Das
die Arbeit
fortgesetzt
unterlegt. I-
im Kreise d-
ch polit-
liche Ent-
Nähe und

uern sel.
en in so
wurden,
tgliedern
Konflikts
ie Dinge
eine Ent-
ndesvor-
hließung
rstandes
der Ent-
in sich
heit be-
ie Bun-
schließen
die die
und es
Bundes-
enehmi-
urde be-
te Bun-
raft ge-
am
es DB
Verfah-
unter
erklärte
in einer
terbund

ag

uar.
Dhren,
Mächte
Abord-
deutsche
utigen

al im
— nur
ndes-
Gen-
sehn
Im
seinen
ndern

ferenz
t, als
Ber-
ungen
er alle
der
weiten
ort

. der
Nach-
rdien
reiche
dieser
vor-
ränd-
ndnis

affion
weil
ara-
holen
ntells
sicht-

ht die
ieder
er

lt die
Rein!
Aber
liches
ebrun-
er Be-
es Jo-
speng-
ott in
(kens),
haus),
dehn),
stetig
gestal-
begeg-
Weit-
er von
Kritik,
h nicht
denken
h die
is vor-

ng der
Zeit
f mei-
Zeit
it und
gibt
ri der
ungen
er für
rkung
Stu-

englisch-französischen Auseinandersetzungen hinsichtlich des Sitzes der Bank für internationale Zahlungsausgleich zu sein. Die Sachverständigen in Baden-Baden haben sich bekanntlich auf Zürich geeinigt, sehr zum Leidwesen der Belgier, die diese neue Bank in Brüssel haben wollten. Wiederaufgerollt wurde die Frage des Sitzes der Bank aber durch England, dessen Regierung noch nicht ihre Einwilligung für Zürich gegeben hat.

Als letztes Hindernis tauchte dann der deutsch-amerikanische Sondervertrag über die deutschen Tributzahlungen an Washington auf. Während man dieses Abkommen zuerst in Paris ruhig aufnahm, geben sich die französischen Zeitungen jetzt Mühe, das deutsch-amerikanische Abkommen als „den schwarzen Punkt im Haag“ hinzustellen. Zur Begründung dieser schwer verständlichen Feststellung fügt sie hinzu, der deutsch-amerikanische Vertrag stürze den Youngplan um, beeinträchtige die Reparationsstände und die Gewinnaussichten der Reparationsbank und erst recht die Auslegung der deutschen Reparationsschuldfrage.

Nun ist es zwar richtig, daß die Zahlungen, die Deutschland direkt an Washington leistet, von den Zahlungen an die Tributbank abgesetzt werden müssen, doch ist nicht einzusehen, wie die hier in Frage kommenden geringfügigen Summen derart weittragende Folgen haben sollen, wie die Franzosen es sich ausmalen. Wenn auch die Aussichten der Kommerzialisierung der deutschen Bonds gegenwärtig ungünstig sein mögen, dann kann das natürlich nicht Deutschland zur Last gelegt werden, weil für die Mobilisierung der Schuldverschreibungen ja nicht der gute Wille Deutschlands, wohl aber die Dispositionen der amerikanischen Finanz von ausschlaggebender Bedeutung sind.

Die Haager Schlußkonferenz hat somit alles in allem nicht nur formelle Bedeutung, sondern auch diese Konferenz ist noch — wie Tardieu sagte — mit einem inneren Risiko belastet. Entscheidend für die deutsche Delegation muß dabei sein, daß die Überwindung der letzten Schwierigkeiten durch neue Opfer Deutschlands unter keinen Umständen in Frage kommen kann. Nach der Zustimmung der Regierungen müssen die Haager Abmachungen noch von den Parlamenten bestätigt werden, und dazu wird sich der Reichstag nur dann verstehen, wenn die im Youngplan festgesetzten Beträge — von denen ja noch keineswegs sicher ist, daß sie auf die Dauer von Deutschland aufgebracht werden können — tatsächlich die Höchstsummen bleiben. Zusätzliche Lasten zu tragen ist Deutschland nicht in der Lage.

Nicht zu trennen von den Haager Vereinbarungen ist ferner die Regelung der Saarfrage, die unbedingt in die Gesamtlösung einbezogen ist. Mag diese Frage gegenwärtig auch im Haag nicht zur Debatte stehen, so muß doch die Haager Konferenz zu einer Beschleunigung der langwierigen deutsch-französischen Saarverhandlungen führen, damit Deutschland, wenn es die letzte Entscheidung über den Youngplan zu fällen hat, gleichzeitig auch in der Saarfrage klar steht.

Empfang bei Hindenburg.

Die Glückwünsche des diplomatischen Korps.
Aus Anlaß des Neujahrstages fanden auch in diesem Jahre bei dem Reichspräsidenten die üblichen Empfänge statt.

Um 12 Uhr mittags empfing der Reichspräsident die Chefs der beim Reich beglaubigten fremden diplomatischen Vertretungen.

Der französische Botschafter de Margerie

Brachte als rangältester Botschafter dem Reichspräsidenten die Glückwünsche des diplomatischen Korps in einer Ansprache zum Ausdruck, in der er u. a. ausführte:

„Die hiesigen Vertreter der fremden Mächte beobachten mit wachsender Aufmerksamkeit die Bestrebungen, die alle Regierungen im Völkerbunde wie auf den großen internationalen Konferenzen verfolgen mit dem Ziele, dem Frieden seine wahre moralische und materielle Grundlage zu geben, um auf diese Weise in Zukunft Konflikte oder drohende Konfliktsmöglichkeiten auszuschalten, die entstehen könnten, wenn entgegengesetzte oder abweichende Interessen die Völker zeitweise in Gegensatz zueinander bringen.“

In diesem Zusammenhang gedachte der Botschafter dann mit ehrenden Worten des verstorbenen Reichsaussenministers Dr. Stresemann, der sich mit heroischem Eifer trotz drückender Krankheit so lebhaft diesem dauernden Suchen nach friedlichen Vereinbarungen und Lösungen gewidmet habe, und schloß mit den Worten:

„An gutem Willen hat es nirgends gefehlt, und heute, wo an der Schwelle des neuen Jahres die Lösung so vieler Fragen gesucht wird, die für den Wiederaufbau der Welt und ihre glückliche Weiterentwicklung auf den Bahnen der Eintracht, Gerechtigkeit und allgemeinen Wohlfahrt von hoher Bedeutung sind, verdienen wir uns vor Ihrer ehrwürdigen Person in bescheidenen Hoffnungen. In dieser festen Überzeugung bitten wir Sie, Herr Reichspräsident, für Ihre Person und für das deutsche Volk unsere aufrichtigsten Wünsche entgegenzunehmen.“

Der Reichspräsident

danke zunächst in herzlichster Weise für die Glückwünsche des diplomatischen Korps mit der Versicherung, daß diese Glückwünsche beim deutschen Volk dankbaren und freudigen Widerhall finden. Im Anschluß daran gab er seiner besonderen Genugtuung Ausdruck über das ehrende Gedenken des Mannes, der bei den internationalen Kongressen des letzten Jahres Deutschlands Wortführer gewesen sei und jetzt nicht mehr unter uns weile. Der Reichspräsident ließte daran folgende bedeutungsvolle Erklärung:

„Das deutsche Volk legt die Zuversicht, daß die Arbeit des letzten Jahres mit Erfolg im neuen fortgesetzt werden wird. Schwere Lasten sind uns auferlegt. Deutschland kann aber seine Aufgaben im Kreise der Nationen nur dann erfüllen, wenn es politische Freiheit und wirtschaftliche Entwicklungsmöglichkeit hat. Die Ruhe und Sicherheit der Welt, die wir alle wün-

schen, haben politische Gleichberechtigung und wirtschaftliche Gesundheit aller Staaten zur Voraussetzung.“

In der Hoffnung, daß dieses Ziel erreicht werde, sprach der Reichspräsident den auswärtigen Diplomaten zugleich auch für ihre Staatsoberhäupter, Regierungen und Völker im Namen des Deutschen Reiches und im eigenen Namen seine aufrichtigsten und herzlichsten Neujahrswünsche aus.

An dem Empfang nahmen auch Reichskanzler Müller und Reichsaussenminister Dr. Curtius teil.

Der Empfang der Reichsregierung.

Nach den fremden Diplomaten empfing der Reichspräsident die Mitglieder des Reichskabinetts. Im Namen der Reichsregierung sprach

Reichskanzler Müller

dem Reichspräsidenten die herzlichsten Glückwünsche zum neuen Jahre aus. Das deutsche Volk sei glücklich, im Reichspräsidenten ein Oberhaupt zu besitzen, das in der ganzen Welt geachtet und in Deutschland verehrt werde.

Der Kanzler warf dann einen kurzen Rückblick auf das vergangene Jahr. Im Mittelpunkt unserer politischen Arbeit habe das Ringen um die endgültige Gestaltung der für Deutschland durch den verlorenen Krieg zu tragenden Lasten gestanden. In langwierigen Verhandlungen hätten die deutschen Sachverständigen in Paris ein Ergebnis herbeigeführt, das Gegenstand schwieriger internationaler Verhandlungen auf der Haager Konferenz gewesen sei. In diesen Erörterungen ist die Klärung der zweiten Zone des besetzten Gebietes vor dem vertragsmäßig festgesetzten Termin erreicht worden. Die dritte Zone soll spätestens am 30. Juni dieses Jahres von den Besatzungstruppen geräumt und damit Deutschland wieder frei werden. Ein Ziel, nach dem alle Deutschen sehnlichst blicken.

„Wir hoffen“ — so fuhr der Kanzler fort — „daß das Ergebnis der Verhandlungen, die in den nächsten Tagen das Werk der Sachverständigen und die Arbeiten der ersten Haager Konferenz zum Abschluß bringen sollen, dem Frieden und einer wahren Verständigung der Völker dienen wird.“

Der Reichskanzler kam dann auf die innenpolitischen Verhältnisse zu sprechen und verwies darauf, daß die Reichsregierung im Zusammenhang mit der vorgesehenen Erleichterung unserer Lasten eine Reichsfinanzreform

in Angriff genommen und dazu die Grundzüge eines umfassenden Programms vorgelegt habe. Jede Finanzreform, die diesen Namen wirklich verdiene, müsse auf einem in Einnahme und Ausgabe ausgeglichenen Reichshaushalt beruhen, der auch die Lasten des Reiches von Belastungen befreie, die aus der Vergangenheit auf sie drücken. Die Erleichterung dieser Aufgaben werde nach Abschluß der Haager Verhandlungen die vorordentlichste Sorge der Reichsregierung sein. Gesunde Finanzen seien eine Vorbedingung politischer Freiheit.

Der Reichskanzler fügte hinzu, daß die Regierung zu der Lösung dieser und anderer wichtiger Aufgaben aber nicht nur des Vertrauens des Reichstages, sondern der tätigen Mitarbeit aller Kräfte deutschen Geistes und deutscher Arbeit bedürfe.

Hindenburgs Neujahrswunsch.

„Alle einig im Gedanken an das Vaterland.“

Der Reichspräsident erwiderte die Glückwünsche der Reichsregierung aufs herzlichste und sprach die Hoffnung aus, daß der aus dem Gebiete der Außenpolitik eingeschlagene Weg den rheinischen Landen, die immer noch die Last fremder Besatzung tragen, endlich die Freiheit bringt und die Reparationsfrage einer Lösung entgegenführt, die den Lebensinteressen des deutschen Volkes und dem Geiste eines wahren Friedens entspricht. Die richtige Verteilung der uns auferlegten Lasten, die Stärkung der Wirtschaft, insbesondere die Durch- und Weiterführung der zur Wiederherstellung der Rentabilität der notwendigen Landwirtschaftsmaßnahmen und die Beschaffung von Arbeitsmöglichkeiten für die große Zahl der Erwerbslosen sind die weiteren Aufgaben, die im neuen Jahre ihrer Regelung harren.

Gegen Parteigeist und Interessenpolitik.

Wenn alle diese schweren Fragen so gelöst werden sollen, wie es das Wohl unseres Vaterlandes und die Verantwortung für dessen Zukunft fordern, dann müssen Parteigeist und Interessenpolitik hinter die großen vaterländischen Gesichtspunkte zurückgestellt werden und die Lebensfragen unseres Volkes alle Deutschen zu einer breiten einheitlichen Front zusammenschließen.

Ich spreche daher in dieser Stunde erneut die Mahnung aus, daß hoch über den Parteien das Vaterland stehen muß! Wer entschlossen hand mit anlegt und mitarbeitet an den Aufgaben der Gegenwart und am Aufbau der Zukunft, der handelt wahrhaft national. Wir sind reich an Kräften des Geistes und der Arbeit; wenn sie sich alle im Gedanken an das Vaterland zusammenfinden, dann brauchen wir um die Zukunft Deutschlands nicht zu bangen. Daß das neue Jahr solche Erkenntnis festigen möge, ist heute mein treuer Wunsch.“

Nach dem Empfang der Reichsregierung nahm der Reichspräsident noch die Glückwünsche des Reichstages, des Reichsrats, der Wehrmacht, der Reichsbahn und der Reichsbank entgegen.

Neujahrserlaß an die Wehrmacht

Hindenburgs Gruß. — Groener und Hege an die Reichswehr. — Admiral Raeder an die Marine.

— Berlin, 2. Januar.

Reichspräsident von Hindenburg richtete folgenden Neujahrsgruß an die Wehrmacht:

Der deutschen Wehrmacht, Reichswehr und Reichsmarine, entbiete ich zum Jahreswechsel meine

herzlichsten Glückwünsche. Tut weiterhin in Gehorsam und treuer Pflichterfüllung Eure Schuldigkeit.

gez. von Hindenburg, Reichspräsident.

Reichswehrminister Groener erließ folgenden Neujahrsgruß an die deutsche Reichswehr:

„Allen Offizieren, Unteroffizieren und Mannschaften, Beamten, Angestellten und Arbeitern wünsche ich ein gutes neues Jahr. Schwere Entscheidungen im Innern und nach außen stehen dem deutschen Volk bevor. Ueber dem Streit des Tages, über Klassen und Ständen, über politischen Parteien und Bänden dienen wir allein dem Staat, der deutschen Republik. Das Reich zu schützen und zu erhalten war und bleibt erste Aufgabe der Reichswehr. Diese Aufgabe fordert Zusammenstehen im Glauben und im Willen. Je wirrer die Zeiten, umso fester die Wehr!“

gez. Groener, Reichswehrminister.“

Der Neujahrsgruß des Chefs der Heeresleitung lautet:

„Allen Angehörigen des Reichsheeres meinen Dank für die Arbeit im vergangenen Jahre und ein herzliches Glückwünsche für 1930. Im Gehorsam und Vertrauen ruht die Kraft der Armeen. Auf diesem Fundament wollen wir im neuen Jahre weiterbauen.“

gez. Hege, General der Infanterie und Chef der Heeresleitung.“

Der Chef der Marineleitung, Admiral Raeder, gab folgenden Neujahrsgruß bekannt:

„Beim Jahreswechsel spreche ich allen Angehörigen der Reichsmarine meinen Dank für treue Mitarbeit und meine besten Wünsche für das neue Jahr aus. Selbstlose Pflichterfüllung und treue Kameradschaft sollen auch im neuen Jahre unser Leitstern sein, im Dienste für unsere geliebte Waffe, für unser Volk und Vaterland.“

gez. Raeder, Admiral Dr. h. c., Chef der Marineleitung.“

Ministervorträge bei Hindenburg.

Der Reichsminister des Auswärtigen, Dr. Curtius, stattete dem Reichspräsidenten vor der Abreise nach dem Haag einen Besuch ab und hielt dem Reichspräsidenten Vortrag. Ferner empfing Reichspräsident von Hindenburg den Reichsfinanzminister a. D. Dr. Hilferding in Abschiedsaudienz; im Anschluß daran machte der neue Reichswirtschaftsminister Schmidt Hindenburg seinen Eintrittsbesuch.

Das Genfer Arbeitsprogramm.

Am 6. Januar Kohlen- und Landwirtschaftskonferenz. Am 13. Januar Beginn der Rüstungskonferenz.

— Genf, 2. Januar.

Sofort nach Neujahr beginnt eine tagungsreiche Tätigkeit des Völkerbundes. Den Anfang macht am 6. Januar neben einer Kohlenkonferenz im internationalen Arbeitsamt die erste Zusammenkunft von landwirtschaftlichen Sachverständigen aus nicht weniger als 21 Ländern, die unter Leitung einer Abordnung des Wirtschaftsausschusses die Mittel zu prüfen haben, wie der landwirtschaftlichen Krise im allgemeinen und derjenigen des Getreidebaues im besonderen begegnet werden könne. Am 7. Januar nehmen die Sachverständigen für die Vereinheitlichung der Zollnomenklatur ihre Arbeit wieder auf, und am 13. versammeln sich zugleich mit dem Völkerbundsrat der ständige Wirtschaftsausschuss und das Zentralkomitee der Opium-Konvention. Am 20. schließt sich sodann eine Tagung des beratenden Opiumausschusses an, der auf Grund einer Entschließung der letzten Völkerbundversammlung bedeutende Vorschläge über die Einschränkung der Fabrikation von Rauschgiften und die Bekämpfung des geheimen Handels mit solchen ausarbeiten haben wird. Am gleichen Tage versammelt sich ferner der Finanzausschuss, worauf kurz vor Monatsende, am 28. Januar, noch der neu eingesetzte Ausschuss für die Überprüfung der Organisation und namentlich der Rekrutierung und Beförderung des Personals des Völkerbundsenats und des internationalen Arbeitsamtes mit seiner Arbeit beginnen wird.

Gegensätze in der Flottenfrage.

Meinungsverschiedenheiten über die Verteilung der schweren Kreuzer. — Keine Hinzuziehung Spaniens.

— London, 2. Januar.

Wie der diplomatische Berichtstatter des „Daily Telegraph“ meldet, kommt eine Erweiterung der Londoner Flottenkonferenz durch Hinzuziehung Spaniens kaum noch in Frage. Immerhin werde Spanien als Mitglied des Genfer Abrüstungsausschusses in Betracht kommen, die es interessierenden Beschlüsse der Londoner Flottenkonferenz zu prüfen. Die Zusammenkunft Macdonalds mit dem französischen Ministerpräsidenten Tardieu dürfte in Chequers erfolgen.

Die Schwierigkeiten der Flottenkonferenz werden von der im allgemeinen gut unterrichteten Zeitung als sehr ernst hingestellt. Das Blatt befürchtet auch, daß die amerikanische Abordnung in London ausfällt, wie zwischen Hoover und Macdonald vereinbart, 21 Kreuzer von je 10 000 Tonnen verlagern werde. Das amerikanische Marineministerium habe sogar 23 Schiffe dieser Klasse verlangt.

Die Verteilung für den schweren Kreuzertyp zwischen den Vereinigten Staaten und Großbritannien sei von amerikanischer Seite danach wie folgt in Aussicht genommen: Amerika 21 Schiffe von 10 000 Tonnen mit 191 20,3-Zentimeter-Geschützen, Großbritannien 13 Schiffe von 10 000 Tonnen und zwei von 8400 Tonnen mit 116 20,3-Zentimeter-Geschützen. Der Vorschlag von 75 20,3-Zentimeter-Geschützen der amerikanischen Flotte würde ausgeglichen werden durch eine beträchtliche britische Überlegenheit in den kleinen Kreuzern mit 15,2-Zentimeter-Geschützen. Für diese Regelung machen sich trotzdem sehr beträchtliche Einwände in englischen Flottenkreisen geltend.

Als Beweis für die Überlegenheit der 20,3 über die 15,2-Zentimeter-Geschütze wird die Schlacht bei den

Falkland-Inseln erwähnt. Einer der beteiligten englischen Offiziere soll danach erklärt haben, die auf der „Invincible“ gelandeten 15,2-Zentimeter-Geschütze der „Gneisenau“ und „Scharnhorst“ hätten fast gar keine Wirkung gehabt, während die 20,3-Zentimeter-Geschütze das ganze Schiff auf das schwerste erschütterten.

Der französische Außenminister Briand hatte in Paris längere Besprechungen mit den Vorkämpfern Italiens und Spaniens. Gegenstand der Unterredung war die Londoner Flottenkonferenz.

Der Fort-Gürtel am Rhein.

Bericht eines Augenzugehen. — Verwendung eines ganz neuen Materials.

— Miga, 2. Januar.

Der Schweizer Korrespondent einer leitenden Zeitung schildert die geplanten und teils bereits in Angriff genommenen französischen Befestigungsarbeiten in Elsass-Lothringen und bezeichnet diese Befestigungsarbeiten als Meisterwerke der französischen Militärspezialisten.

Wie der Korrespondent auf seiner Reise durch Elsass-Lothringen erfahren haben will, ist bei den Bauten ein neues Material verwendet worden, eine Legierung verschiedener Metalle, die außerordentlich dauerhaft und widerstandsfähig ist. Die Form der Befestigungswerke sei neuartig und verlässliche die bei der Verteidigung Verduns gemachten Erfahrungen.

Die Befestigungen wurden dicht nebeneinander errichtet, so daß eine undurchbrechbare Kette längs der ganzen französisch-deutschen Grenze gebildet werde. Im Angriffsfall könnten diese Verteidigungsstellungen durch einen Feuerbeschuss so abgesperrt werden, daß jede Annäherung des Gegners unmöglich sei! Hinter dem Befestigungsgürtel würden neue strategische Bahnen angelegt, um die Anlagen mit den rückwärtigen Garnisonstädten zu verbinden. Mit dem Bau von ähnlichen Anlagen sei infolge der Verschärfung der Beziehungen zu Italien auch längs der französisch-italienischen Grenze begonnen worden.

Schitscherins Reise nach Moskau.

Wer wird Außenkommissar? — Umgruppierungen in der russischen Diplomatie. — Wechsel auf dem Berliner Botschafterposten?

— Berlin, 2. Januar.

Wie aus Moskau gemeldet wird, wird der Außenkommissar Schitscherin voraussichtlich am 5. Januar in Moskau eintreffen. Die Reise Schitscherins wird danach unternommen, um die Ubergabe der Amtsgeschäfte an den neuen Außenkommissar zu regeln. Schitscherin werde höchstens zwei Wochen in Moskau bleiben. Er werde sich alsdann wieder nach Wiesbaden zur Fortsetzung seiner Kur begeben.

Schitscherin wird unmittelbar nach seiner Ankunft in Moskau dem Präsidenten des Volkskongresses der Sowjetunion sein Rücktrittsgesuch übermitteln. Als Nachfolger Schitscherins werden zwei Persönlichkeiten genannt: Rykow und der stellvertretende Außenkommissar Litwinow. Man erwartet, daß der jetzige Botschafter in Berlin, Krestinski, seinen Posten verlassen und zum Stellvertreter des Außenkommissars der Sowjetunion ernannt wird. Auch eine andere höchst interessante diplomatische Veränderung wird in der nächsten Zeit erfolgen. Sie betrifft den Botschafterposten in einem nachfolgenden Staat. Zum russischen Botschafter in Angola wird Karachan ernannt werden.

Einigung der Genossenschaften.

Am 13. Februar Errichtung des Einheitsverbandes der landwirtschaftlichen Genossenschaften.

Die Einigungskommission der Organisationen des landwirtschaftlichen Genossenschaftswesens hatte bekanntlich in Frankfurt a. M. am 19. Juli die Verhandlungen über die Bildung des Einheitsverbandes zu Ende geführt. Wie verlautet, haben jetzt sämtliche beteiligten Organisationen ihre Zustimmung zu den Frankfurter Beschlüssen erteilt und die zur Auflösung der Verbände nötigen Vorbereitungen abgeschlossen.

Die Auflösung des Reichsverbandes der deutschen landwirtschaftlichen Genossenschaften wird am 12. Februar im Rahmen eines nach Berlin einberufenen außerordentlichen Deutschen Landwirtschaftlichen Genossenschaftstages beschlossen werden. Am gleichen Tage wird auch der Generalverband der Deutschen Raiffeisen-Genossenschaften auf einem außerordentlichen Generalverbandstag seiner Auflösung die endgültige Zustimmung erteilen. Der Genossenschaftsverband des Reichs-Landbundes hat bereits am 1. Oktober seine Auflösung durchgeführt.

Am 13. Februar wird dann in Form einer gesamtlichen Tagung die Errichtung des Einheitsverbandes, der den Namen Reichsverband der deutschen landwirtschaftlichen Genossenschaften-Raiffeisen führen wird, stattfinden.

Aufruf der Demokraten.

An die Wähler. — „Wir kündigen dem Pessimismus die Fehde an.“

Der Vorstand der Deutschen Demokratischen Partei richtet an die demokratischen Wähler einen Neujahrswort, in dem es nach einem Hinweis auf die Notwendigkeit einer geschlossenen Front der staatsbewußten Mitte heißt:

Wenn wir aber solcher Entwicklung Raum schaffen wollen, dann gilt es, nicht durch unfruchtbare Erörterungen vager Fusionsmöglichkeiten die Organisation zu schwächen, sondern im Gegenteil durch rege Tätigkeit ihren Willen zum Leben und Kampf zu stärken. Deshalb kündigen wir dem Pessimismus Fehde an.

Die nächsten Wochen und Monate werden reiche Gelegenheiten zum politischen Handeln geben. Wir werden danach zu streben haben, daß ohne Unterbrechung unter fremde Mächte die Befreiung Deutschlands vollendet und seine wirtschaftliche Existenzfähigkeit wieder hergestellt wird.

Im Innern muß der Kleinstaaterei mit ihren nationalen und ökonomischen Schäden ein Ende und dem Einheitsstaat der Weg bereitet werden. Das Wahlsrecht darf schleuniger durchgreifender Verbesserung. Die Finanzreform ist mit Entschiedenheit vorwärts zu treiben.

Der Aufruf schließt mit einem Appell an die Wähler auch opferwillige Kleinarbeit zu leisten, da eine Partei mit der großen Politik allein — auch mit der besten nicht — nicht vorwärts komme.

Politische Rundschau.

— Berlin, den 2. Januar 1930.

Auf den österreichischen Botschafter in Danzig verübte ein 28-jähriger Chauffeur in geistiger Umnachtung einen Revolveranschlag. Die Schüsse gingen fehl; der Täter beging Selbstmord.

Strafantrag Hindenburgs gegen Gumbels. Reichspräsident von Hindenburg hat wegen eines im „Angriff“ erschienenen Artikels: „Lebt Hindenburg noch?“ Strafantrag gegen den nationalsozialistischen Abgeordneten Dr. Gumbels gestellt, der als verantwortlicher Redakteur für dieses Blatt zeichnet.

König Boris von Bulgarien in Coburg. Der zur Zeit auf einer Auslandsreise befindliche König Boris von Bulgarien verbrachte den Neujahrstag bei seinem Vater in Coburg.

Generalmajor von Spalding t. Im Alter von 82 Jahren starb in Potsdam Generalmajor von Spalding, einer der ältesten deutschen Offiziere. Spalding, der bereits als Kavallerieoffizier an den Kriegen von 1866 und 1870 teilnahm, hat auch im Weltkrieg noch Dienst getan, zuletzt auf der Insel Desel.

Rundschau im Auslande.

Zwischen der Heimwehr und dem Landbund in Oesterreich ist es zu einer Einigung gekommen. Der Ausschluß des Ministers Schumy aus der Heimwehr wurde rückgängig gemacht.

Der bekannte französische Sozialist Leon Daudet, der aus dem Gefängnis nach Brüssel entwichen ist, ist begnadigt worden. Gleichzeitig wurde 17 Kommunisten die Strafe erlassen.

Die türkische Regierung hat eine Boykottbewegung gegen den Kauf ausländischer Waren, die durch einheimische ersetzt werden können, eingeleitet.

Der Sieg der Wafd-Partei.

Der Erfolg der Wafd-Partei bei den ägyptischen Parlamentswahlen ist durch die hohen bekannt gegebenen Ergebnisse der Nachwahlen noch verstärkt worden. Danach besteht das Parlament aus 196 Mitgliedern der Wafd-Partei, 26 Unabhängigen, vier Nationalisten und drei den Wafds verwandten Abgeordneten.

Furchtbarer Kinobrand.

72 Kinder ums Leben gekommen.

In der schottischen Stadt Paisley in der Nähe von Glasgow hat sich am Dienstagabend ein furchtbarer Kinobrandkatastrophe ereignet, bei der nach den bisherigen Feststellungen 72 Kinder im Alter von 2 bis zu 14 Jahren ums Leben gekommen sind. Die Zahl der Verletzten wird mit 150 angegeben. Man befürchtet, daß unter den Toten auch noch weitere Leichen befinden.

In dem Vorführungsraum des Kinos war aus bisher nicht feststehender Ursache Feuer ausgebrochen. Der Vorführer erkannte sofort die Gefahr und versuchte den brennenden Film außerhalb des Gebäudes zu bringen. Zu dieser Zeit war jedoch der dicke Rauch in die Halle des Kinos gedrungen. Die Kinder wurden sofort von einer

ungeheuren Panik

ergriffen. Ein Polizist versuchte vergeblich durch Wiederherstellung der Ordnung die Kinder zu retten. Bei dem allgemeinen Andrang zu den Ausgängen wurde eine große Anzahl der Kinder niedergedrückt. Wie Augenzeugen berichten, lagen die niedergedrückten Kinder am Ausgang zu den Treppen zu sechs und mehr übereinander. Mehr als hundert Feuerwachen und Polizisten versuchten mit aller Kraft, die Kinder aus der Todesfalle, die das Kino darstellte, zu retten. Ein großer Teil der niedergedrückten Kinder konnte in Sicherheit gebracht und ins Krankenhaus gebracht werden. In kurzer Zeit war ausreichende medizinische Hilfe zur Stelle. In zahlreichen Fällen kam diese jedoch bereits zu spät. Man befürchtet, daß sich unter den Trümmern des durch den Brand fast vollständig zerstörten Kinos noch eine Anzahl weiterer Kinderleichen befinden. Außerhalb des Kinos spielten sich

horrorisierende Szenen.

ab, da der größte Teil der Mütter und Väter der im Kino befindlichen Kinder inzwischen eingetroffen waren. Die Szenen wiederholten sich später im Krankenhaus, wo lange Reihen von Kinderleichen aufgedeckt lagen. Die meisten der Opfer sind — wie später festgestellt wurde — den durch die Flammen entwickelten giftigen Gasen erlegen.

Die Kinder gehörten zumeist Arbeiterfamilien. Insgesamt wohnten rund 1500 Kinder der verhängnisvollen Selbstmordvorstellung bei. Die Stadt ist in tiefer Trauer.

Einschmelzung russischer Glocken.

In den letzten drei Wochen elf deutsche Kirchen in der Wolga-Republik geschlossen.

— Moskau, 2. Januar.

Im Zusammenhang mit dem verschärften Kampf der Sowjetbehörden gegen die Kirche werden auch aus der Republik der Wolgadeutschen Verfolgungen des religiösen Kults gemeldet. So wurden z. B. in den letzten Tagen in verschiedenen Teilen der Wolga-Republik mehrere deutsche Kirchen geschlossen und die Kirchenglocken beschlagnahmt. Die Glocken sollen dem Industrialisierungsfonds zugeführt werden!

Insgesamt wurden im Laufe der letzten drei Wochen elf deutsche Kirchen geschlossen, die teilweise in kommunistische Klubhäuser und Kinos umgewandelt wurden.

Die kommunistische Partei der wolgadeutschen Republik hat einen Antrag gestellt, in dem die Regierung aufgefordert wird, Maßnahmen gegen die Einfuhr von Bibeln aus dem Auslande zu treffen. Durch die Einfuhr und Verbreitung der heiligen Schriften werde der religiöse Glaube der Bevölkerung nur gestärkt. Weiter haben die wolgadeutschen Kommunisten der Religion den schärfsten Kampf und insbesondere dem adventistischen Anhang angekündigt, der in letzter Zeit in Russland stark an Einfluß gewonnen hat.

Einer anderen Meldung zufolge hat die Sowjetregierung auch die heilige Dreieinigkeitskirche in Leningrad aufgehoben. Die Klostergemeinschaft wird in eine kommunistische Akademie umgewandelt, die dort ihre Schüler unterbringen wird. Das Kloster bestand seit über 200 Jahren.

Bethel.

Christl. Verein j. Männer. Heute, Donnerstag, beginnt wieder der Stenographen-Kursus, desgl. 8¼ Uhr Jugendabend in Gosen. Freitag 8¼ Uhr Bibelstunde.

Die Sarepta-Apotheke muß wegen Umbaus von Dienstag, dem 7. bis Donnerstag, dem 9. Januar 1930 geschlossen bleiben. Die Häuser werden gebeten, sich rechtzeitig mit Medikamenten eindecken zu wollen.

Anzeigen aus Bethel.

Wer hat Verwendung für ein Lautsprecher-System mit Chassis (Blaupunkt), ferner für einen Doppel- und Einfachdrehkondensator? Alles billig abzugeben.

Wilhelm Kraa jun. Königsweg 1.

Trockenes Anmachholz hat abzugeben Morija.



Diakon und Dichter.

Aus dem Leben des Seemannsmissionars Johannes Wob. Ein Erinnerungsbildchen von W. Trittelw. Preis 40 Pfg. Die seltenen Wälder, die Erinnerung oder Zeugniss zwischen die Seiten legen, nehmen sich die wenigen Gedichte aus. Ihr zarter oder auch herber Duft teilt sich dem ganzen Wäldchen mit.

Mit viel Segen geschmückt.

Erinnerungen an P. D. Wilhelm von Bodelschwingh von P. Wilhelm Voigt. Wilhelm v. Bodelschwingh war der älteste Sohn Vater Bodelschwinghs. Seiner Persönlichkeit und seiner heilsfertigen Treue als Vorreiter des Mutterhauses Sarepta wird in diesem Wäldchen ein schönes Denkmal gesetzt.

Zum Werben für die Diakonissen in Jungfrauenvereinen sehr geeignet. Mit Bildern, 88 Seiten. Preis 75 Pfg., im Sammelbezug billiger durch die

Schriftendrucker der Anstalt Bethel, Bethel bei Bielefeld. Postfachkonto Hannover 49657.

Schriftleitung: W. Kraa; Wirtschafts- und Weltpolitik: Dr. S. Guttel; Anzeigen: R. Diekmann; alle in Bethel.

Korbwaren

Sessel und Körbe in Weide und Peddigrohr



Rein
Aluminium-
Geschirre
Töpfe, Kaffeekannen usw.

Liefert in allen Ausführungen

Tiberias-Werke

der Anstalt Bethel b. Bielefeld.

Freisliste wird auf Wunsch geliefert.

Infolge Erkrankung suche ich sofort ein in allen Hausarbeiten und Küche erfahrendes

junges Mädchen

welches befähigt ist, mich im ganzen Hauswesen zu vertreten. Zweitmädchen vorhanden. Off. mit Bild und Gehaltsansprüche erbeten.

Frau Willy Graumann, Sundwig.

Mutterhaus sucht

2 feingeb., bewußt a. d. Grunde d. Evang'arbeit.

leit. Schwestern f. Krankenhaus

v. 60 u. 120 Betten. Bevorz. w. Bewerberinnen, Mitte 30, die i. d. Mutterh. eintr. Beding. Erfahrung i. sämtl. Geb. d. Krk. Pfl., Wirtsch. Führung; befähigt: Schülerinnen auszubilden. Vergütg. zeitgem. Tascheng. u. Altersvers. Meldg. an die Oberin durch die Geschäftsst. des Aufwirts unter A 5388.

Stellengesuche und Angebote

haben im „Aufwärts“ großen Erfolg.

Gesucht für sofort oder später für das Stephansstift eine erfah.

Frau

als Küchenleiterin, die in der Knabenabteilung ca. 300 Personen täglich zu beschäftigen hat. Meldungen mit Gehaltsansprüchen an Pastor Wolff, Stephansstift Hannover-Kleefeld.